

Dr. Karl-Wilhelm Hirsch

Würselen, 28.06.2000

Es gibt einen deutschen Fußball aber kein deutsches Internet

Rechtsradikale treten verstärkt im Internet auf. Politiker, allen voran der Bundespräsident, rufen nach dem deutschen Staat; er soll Gesetze schaffen, die dies unterbinden. Solche Forderungen zeugen von einem falschen Verständnis des Internet und fördern zu dem in fataler Weise die Staatsgläubigkeit in diesem wichtigen Bereich.

Es gibt zwar deutschen Fußball, aber es gibt kein deutsches Internet. Es gibt Angebote in deutscher Sprache, das sind aber nicht unbedingt deutsche Angebote. Sie sind zugänglich über das Netz, unterliegen aber nicht notwendigerweise unserer Rechtsprechung und unseren Moralvorstellungen. Im Netz herrscht unumkehrbar Meinungsfreiheit und Anarchie. Es konfrontiert alle, die sich dort frei tummeln ungefiltert mit dem Wissen der Menschen, ihrer Meinung, ihren Abarten, ihren Stärken und ihren Schwächen. Wer damit nicht umgehen kann, ist nicht zukunftsfähig.

Die Politik in Deutschland hat weder das Recht noch die Macht zu regulieren und z.B. rechtsradikale Angebote aus dem Internet zu verbannen. Sie hat nicht das Recht, weil auch andere Staaten das Recht für sich in Anspruch nehmen, Meinungsfreiheit und Zensur in ihrem Land selbst zu definieren. Sie hat nicht die Macht, weil sich immer Staaten finden werden, die wegen ihrer eigenen Staatsform oder wegen ihrer eigenen Moralvorstellungen internationalen Vereinbarungen über Inhaltsbeschränkungen nicht beitreten würden. Völlig fehlgeleitet wäre jeder Aufruf an die Wirtschaft, durch Selbstbeschränkung oder Zensur - oder wie immer man dies nennen möchte -, solche Angebote vom Netz fernzuhalten. Mal ganz zu schweigen davon, dass Vertreter radikaler Weltanschauungen leicht Mittel und Wege finden, im real existierenden Internet ihre Propaganda leicht auffindbar aber nicht ortbar zu halten.

Der Aufruf des Bundespräsidenten ist aber nicht nur sachlich falsch, er ist auch in gewisser Hinsicht fatal; suggeriert er doch, dass es der Staat oder die internationale Staatengemeinschaft schon richten kann. Der Staat wird nicht helfen. Uns, den Bürgern hätte der Aufruf gelten müssen. Wir müssen uns mit der Präsenz Radikaler im Internet auseinandersetzen und sie neutralisieren. Denn wir wissen, dass wir in dem freiesten Staat aller Zeiten auf deutschem Boden leben und wir wollen auch weiterhin Freiheit und Demokratie. Der Bundespräsident hätte uns sagen sollen, dass Freiheit täglich neu erkämpft werden muss. Er hätte uns sagen sollen, dass Wissen die einzige Macht ist, die vor radikalen Weltanschauungen schützen kann. Wer weiß, was das Dritte Reich wirklich im Innersten zusammenhielt, kann auch rechtsradikale Web-Seiten lesen, einordnen und werten. Die politische Konsequenz muss dann sein, in Bildung zu investieren und nicht nachzulassen zu vermitteln, dass Unfreiheit, Diktatur und Faschismus, egal von rechts oder links oder aus religiösem Fanatismus zu Brutalität, Unrecht und Menschenverachtung führt.